



Stettdrucker: Thonemannstr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonn. 60 Pf.,
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf.,
Raum einer sechsteiligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Besl. 60 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 546. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 23. November 1875.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

13. Sitzung vom 22. November.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst Bismarck, der vor Beginn der Sitzung den Präsidenten v. Jordan bedrückt und alsdann lange mit dem Präsidenten Delbrück und dem Grafen Moltke conferirt; Camphausen, Stephan u. A.

Das Haus hat durch den Tod wiederum eines seiner Mitglieder, den Abg. v. Arnim-Heinrichsdorf, verloren und ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Die Commission zur Prüfung des Landeshaushalts-Stats von Elsaß-Lothringen für 1876 ist gewählt und hat sich unter dem Vorsitz des Abg. Schenk von Stauffenberg constituirt; sein Stellvertreter ist Dunder, Schriftführer sind v. Kessler und Blum.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Telegraphen-Verwaltung: 3,300,000 Mark zu neuen Anlagen, zur allmählichen Erweiterung der von Communen hergestellten Anlagen und zur Erweiterung von Dienstgebäuden.

General-Postdirector Stephan: Die Anleihe, die Ihnen vorgelegt wird, bildet eigentlich nur den letzten Theilbetrag einer Creditbewilligung, welche im Princip schon im Jahre 1874 stattgefunden hat. Nach dem dem Hause vorgelegten Organisationsplan für die Vervollständigung der Telegraphen-Anlagen war für die Jahre 1874—1876 eine Vermehrung der Telegraphenstationen um 647 vorgegeben worden. Es sind nun eingerichtet im Jahre 1874 217 Stationen, 1875 215 Stationen, zusammen 432 mit 5626 Kilometer Linien und 42,498 Kilometer Leitung. Nach den Vorschlägen für 1876 sollen im kommenden Jahre 208 Stationen errichtet werden. Es würde das mit 432 errichteten Stationen zusammen die Zahl 640 ergeben, gegenüber von 647, welche in den Organisationsplänen für diese drei Jahre vorgegeben waren. Diese kleine Differenz wird ja reichlich ausgeglichen durch die nie fehlenden Anträge auf Errichtung neuer Telegraphenstationen von solchen Orten, die sich dieser Vertheilung nicht erfreuen.

Außerdem sind zwei Kabel angelegt worden; rüchständig ist die Anlegung eines pneumatischen Systems zur Beförderung der Stadttelegrame und zur beschleunigten Beförderung der von außerhalb eintreffenden Telegramme und der Stadtpostbriefe. Die bisher verausgabten Summen erschöpfen den bewilligten Betrag bis auf 2,200,000 Mark, welche für die Anlegung des unterirdischen Rohrsystems in Berlin verwendet werden sollen. Es ist eine Hauptleistung von 23 Kilometer hier in Aussicht genommen, welche in zwei Haupttheile eingetheilt wird von je 11—12 Kilometer. Die Beförderung innerhalb dieser Röhren wird in je 15 Minuten stattfinden von den 4 Dampfmaschinen, die aufzufüllen sind, ausgehend. Es liegt in der Absicht, einen Zug von 10 Wagen alle 15 Minuten abgehen zu lassen, welcher 200 Telegramme, resp. Stadtpostbriefe befördern kann. Bei zunehmendem Verkehr kann dieser Zug noch öfters circuliren. Der wichtigste Theil der neuen Einrichtungen soll aber ein Versuch sein, im Großen eine unterirdische Linie herzustellen, und zwar auf der Strecke von Berlin nach Halle. Die Mängel der oberirdischen Leitungen sind überall bekannt. Ungeachtet alles aufgewandten menschlichen Scharfsinns ist es noch nicht gelungen, eine oberirdische Leitung, die ja so vieler Stillschaltung bedarf, so zu isoliren, daß kein Stromverlust eintritt, welcher so bedeutend ist, daß bei einer 60 Meilen langen oberirdischen Strecke mitunter nur noch ein Viertel Stromstärke vorhanden ist und eine Verständigung unter erschwerten Umständen mitunter vollständig aufhört. Der Temperatureinfluß ist bei den oberirdischen Leitungen oft so bedeutend, daß bei den sehr erheblichen Ausdehnungskoeffizienten von Eisen und Kupfer ein Unterschied von 10 Grad Reaumur der tiefste Durchgang des Drahtes zwischen je 2 Stangen auf die Entfernung von 75 Meter sich immer um zwei bis drei Zehntel Meter verändert, so daß dadurch Drahtbrüche herbeigeführt werden.

Die Stürme der letzten Woche haben auf dem ganzen Gestänge ganze Linien niedergebogen und den Verkehr unterbrochen von hier nach Amsterdam, Brüssel, Paris, Mailand, Stuttgart, München, Frankfurt und Köln, und ungeachtet des löblichen Eifers unserer Telegraphenbeamten hat es doch mehrere Tage bedauert, um eine Verständigung auf allen Linien wieder herzustellen. Es sind dadurch dem Handel und Verkehr empfindliche Nachteile verursacht worden, und es kann unter Umständen eine Gefahr für's Vaterland daraus werden. Im Winter kommt es vor, daß der Draht zwischen zwei Stangen eine Eislast von 3000 Pfund zu tragen hat, im Sommer erschweren Einflüsse der atmosphärischen Electricität das Telegraphiren außerordentlich. Dazu gesellen sich muthwillige oder fahrlässige Störungen der oberirdischen Leitungen. Um diesen Uebeln entgegenzuwirken, hat man schon längst erkannt, daß unterirdische Leitungen anzulegen seien. Es gebührt den Männern, welche in unserem Vaterlande die Telegraphie zuerst eingerichtet haben, das Verdienst, daß sie schon in den Jahren 1848—1849 unter sehr schwierigen Verhältnissen den, man kann sagen, heroischen Entschluß gefaßt haben, ganze Staaten mit unterirdischen Leitungen zu versehen. Unter berühmtem Landmann Werner Siemens hat die Grinde, weswegen es damals mißglückte, in einer Broschüre dargelegt. Der Hauptgrund war der, daß man die Drähte bloß mit Guttapercha umhüllte in die Erde gelegt hat. Man kannte noch nicht die vorzüglichen Maschinen, um das isolirte Material concentrisch nach allen Richtungen und gleichmäßig herumzupressen, ohne den Draht zu beschädigen, auch hatte man den Draht viel zu wenig tief in die Erde gelegt. Alle diese Sachen sind jetzt genau bekannt, wir sind jetzt in der Lage, nach dieser Richtung hin beruhigt einen solchen Versuch unternehmen zu können. Es blieben noch die sogenannten electrischen Kabel übrig, aus welchem Anlaß der Reichskanzler in diesem Sommer eine Commission von Technikern nach England zur Kenntnisaufnahme der dortigen Erfolge geschickt hat.

Bei jedem Kabel erschweren die sich in demselben erzeugenden Rückströme das Telegraphiren außerordentlich und verbinden es unter Umständen ganz. Zur Neutralisirung dieser Rückströmung muß man das Kabel mit Batterie und Erde verbinden und die von Siemens und Rüchert in neuerer Zeit eingeführten Instrumente dazu verwenden. Man kann auch zur Neutralisirung der Rückströmung zum Telegraphiren Ströme von entgegengesetzter Richtung verwenden. Der Bericht der vom Reichskanzler nach England entsendeten Commission über die Linie zwischen Manchester und Liverpool lautet dahin, daß es der Wissenschaft gelungen sei, durch neu erfundene Instrumente, welche diese Ladung erhebt, das Kabels Herr zu werden. Wir können also mit vollem Vertrauen an die Anlegung dieser unterirdischen Leitungen gehen, die ich vorstichshalber als einen Versuch bezeichnen muß, von dem ich aber hoffe, daß er die darauf gerichteten Anstrengungen mit Erfolg krönen wird. Sollten wir dieses Glück haben, dann werden wir vielleicht im Herbst nächsten Jahres den Plan im Großen aufstellen und dann die Erwägung unterbreiten können, ob nach Maßgabe der finanziellen und sonstigen Verhältnisse der Plan der unterirdischen Anlagen im ganzen Reich ausgeführt werden kann.

Abg. Schmidt (Stettin): Der General-Postdirector knüpft in seiner Rede an die früheren Jahre an, in welchen bereits außerordentliche Bewilligungen zur Erweiterung des Telegraphennetzes und zum Ausbau von Gebäuden stattgefunden haben. Ich bemerke hiergegen, daß allerdings seit 1873 die Beweggründe für den genannten Zweck augenblicklich nicht mehr so dringliche sind, weil der Depeschverkehr sehr abgenommen hat — die großen Börsen von Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Breslau u. dergleichen. Auch das große Publikum gewöhnt sich sehr schwer und langsam an die Benutzung der Telegraphen — es betrachtet den Brief und die Correspondenzkarte wie Brot, dagegen die Depesche wie Zuckerbrot, und je häufiger und schneller die Postverbindung, je mehr wendet es sich dieser zu, so daß sogar die Correspondenzkarte an Stelle der Depeschen häufig getreten ist.

Auch im internationalen Depeschverkehr ist zu rügen, daß Deutschland als das Zwischenland zwischen Rußland und Frankreich nicht den Antheil an Depeschen mit Rücksicht auf seine Lage und Grenzen erhält, wie sie ihm zukommen. Die nordische Telegraphen-Gesellschaft umgibt Deutschland mit seinem von der französischen Küste durch die Nord- und Ost-

see nach Rußland geleiteten Kabel und nimmt der größte Theil der Depeschen von Frankreich nach Rußland diesen Weg. Ebenso verliert Deutschland den Antheil an Depeschen, welcher ihm seiner Lage nach aus dem österreichisch-englischen Verkehr zukommt. Der Grund beruht auf einem schlechten, früher in Rom geschlossenen Vertrage. Ueberhaupt müßten neue Verträge zwischen den einzelnen Staaten über Terminal- und Transitfragen für den Welt-Depeschverkehr abgeschlossen und jene günstigen Erfolge annähernd erzielt werden, wie sie der allgemeine Postverein auf Grundlage des Weltposttages erreichen läßt. Leider wird von nicht wenigen Regierungen die Depeschverwaltung zu sehr als Einnahmequelle angesehen. Wie wir hören, sind schon in Petersburg auf dem Telegraphen-Congreß von Seiten der Vertreter der verbündeten deutschen Regierungen Vorschläge gemacht, eine neue Grundlage für den Tarif des internationalen Depeschverkehrs nach einer Terminal- und Transittage zu gewinnen. Es wäre ertheilich, wenn die weiteren Verhandlungen sich ebenso günstig gestalten, wie die für Herstellung eines Weltposttages günstig waren.

Die für dieses Jahr bewilligte Million ist nicht vollständig nach den Nachweisungen des letzten Jahres verwandt. Die Vereinigung der Post- und Telegraphenverwaltung hat mit dem verringerten Verkehr manche Linien und Bauten nicht zur Ausführung gelangen lassen. Auffallend bleibt es, daß die französische Regierung nicht die Hand geboten hat, eine beschlossene directe Linie von Hamburg über Köln nach Paris zu vollenden. Die deutsche Telegraphenverwaltung hatte die Absicht, von Köln über Mülhausen nach der französischen Grenze zu bauen, die französische Regierung lebte aber der Anschluß ab und so ist diese Linie nicht zu Stande gekommen. Noch bedauerlicher ist, daß in Frankreich die Telegraphenverwaltung von dem Ministerium des Innern und der Polizeibehörde reorganisirt, so daß auch die aus Deutschland nach Frankreich gehenden Depeschen der polizeilichen Controle unterliegen.

Besonders hervorgehoben ist von General-Postdirector Stephan die beschleunigte unterirdische Kabelleitung von Berlin nach Halle. Der frühere Telegraphen-Director Schaubin legte bereits zur Zeit des norddeutschen Bundes eine Denkschrift vor mit einem Gesamtplan für die Ausführung solcher Linien. Von ihm ist der Preis pro Meile für ein siebenadriges Kabel auf 17,000 Thlr. berechnet. Wird nach Halle in einer Entfernung von 22 Meilen ein solches Kabel gelegt, so lassen sich Experimente auf siebenmal 22 Meilen machen. In Berlin wurden bereits im Winter von 1861 zu 62 sämtliche Militär-Telegraphenstationen auf den Wachen, ebenso in den Kasernen durch ein mehr als zwei Meilen langes Kabel verbunden — ebenso sind die Polizeibureau untereinander, mit den Feuerwehreinrichtungen, ebenso andere öffentliche Gebäude auf gleiche Weise in Verbindung gebracht. Ein neuer Versuch zwischen Berlin und Halle mit einem neuen Kabel kann nach dem Grundsatze: Prüfet Alles und das Beste behaltet, wohl gemacht werden. Der Reichstag engagirt sich nicht für weitere Fortsetzungen aus dieser Bewilligung und wird die spätere finanzielle Lage sowie das Bedürfnis über weitere Entscheidung entscheidend sein.

Abg. Grunbrecht: Der Herr Generalpostmeister hat mich eines anderen belehrt, als ich aus den Motiven der Vorlage entnommen habe. Ich hoffe, daß die jetzt beantragte Anleihe nicht zur Vermehrung der Telegraphenstationen, sondern für solche Anlagen verwendet werden sollte, die einen größeren Nutzen gewähren. Ich habe mich stets gegen die früheren Telegraphen-Anleihen erklärt und behaupte, daß die in kolossalem Maße gestiegenen Zuschüsse für das Telegraphennetz durch die Vermehrung der Stationen über das Bedürfnis hinaus herbeigeführt worden sind. Im Jahre 1873 betrug das Deficit für die Telegraphenverwaltung ein paar hunderttausend Thaler, im Etat für 1874 wurde es auf 296,000 Thaler veranschlagt, in Wirklichkeit betrug es 979,000 Thaler, und das bei einer Verwaltung, die ungefähr 4½ Millionen aufbringt. Die Höhe des Deficits im Jahre 1875 kann ich nicht übersehen, für 1876 werden wir wohl kein Deficit sehen, weil es die mit der Telegraphie vereinigte Post deckt wird; die nöthigen Zuschüsse für die Telegraphenverwaltung werden sich in Folge der durch diese Vereinigung bedingten Vereinfachung der Verwaltung verringern, aber die Einnahmen sich kaum vermehren. Von den Ende 1874 bestehenden Telegraphenstationen haben nach meiner Berechnung vielleicht 200 die Kosten gedeckt. Der Voranschlag hätte lange nicht so große Dimensionen angenommen, wenn nicht so viele Telegraphenstationen wären, welche die Vertheilung an der Speculation so erleichterten. (Gelächter.) Die Anlegung von unterirdischen Leitungen wünsche ich nicht nur in größeren Städten, sondern auch in den kleineren, deren Einwohner jetzt aus ihren Wohnzimmern den schönen Anblick auf die Telegraphenstationen haben, die gewiß keine Fierde sind. (Heiterkeit.) Ich kann diesmal für die Telegraphen-Anleihe stimmen, wenn sie zur Verbesserung des Telegraphennetzes, und nicht zur Vermeerung der Stationen verwendet wird. Das ist der Krebs, an dem die ganze Telegraphenverwaltung leidet.

Generalpostdirector Stephan: Es ist mir so vorgekommen, als ob der Vorredner das Finanzinteresse so betonte, als sähe er am Tische des Bundesrathes und nicht auf den Banken des Hauses. Wenn er die Telegraphie gleichsam als Mitgläubiger in der Zeit des Vorkriegswindels hinstellt, so kann er das von jedem anderen Verkehrsmittel mit demselben Rechte sagen, vor allen Dingen vom Gelde selbst. (Heiterkeit.) Die Absicht der Regierung ist, das Telegraphennetz so weit als möglich auszuweiten. Eine Quelle der Vermehrung des Deficits der Telegraphenverwaltung ist allerdings die große Vermehrung der Telegraphenstationen, der Hauptgrund aber ist das Bestehen zweier Verwaltungen, die einem Zwecke dienen, das Bestehen der Post und Telegraphie neben einander, ein Mißstand, der zu der Entschlingung geführt hat, die Telegraphie anderweitig zu organisiren. Die Vereinigung der Telegraphen mit den Poststationen wird diese Uebelstände wesentlich abschwächen, wenn nicht ganz beseitigen. In der Zahl der Stationen sind wir noch erheblich zurück hinter manchen anderen Staaten, beispielsweise der Schweiz, Belgien, Amerika und ich glaube, auch hinter England. Die allgemeinere Einführung unterirdischer Telegraphenleitungen in kleinen Städten würde das Allerhöchste sein, ohne Nutzen zu schaffen; in einzelnen Städten würde je 10—20,000 Thaler kosten. In Amerika hat man überhaupt keine unterirdischen Leitungen und in New-York wohnen auch Menschen, die auch recht empfindlich gegen die Einrichtungen des Staates sind, die ihnen unangenehm sind. Dort sind bis 80 Leitungen an einer Stange befestigt. Die Eigenthümlichkeit des Deutschen ist ein Widerstreben gegen die Regierung, es ist nicht das Entgegenkommen gegen die öffentlichen Anlagen vorhanden, wie anderswo, weil den Deutschen der Gedanke an den Rader von Staat nicht beliebt. Das Geld wird besser verwendet, kleine Orte mit Stationen zu versehen, als dafür zu sorgen, daß nicht die Spaziergänger einen unangenehmen Eindruck von den Telegraphenstationen haben. (Zustimmung.) Ich hoffe, daß ich in diesem Sinne mit dem Vorredner auf einem Boden zusammenkomme und daß der Krebs sich in einen Vogel verwandelt.

Die Vorlage wird hierauf an die Budgetcommission verwiesen. Das Haus tritt darauf in die erste Beratung des Gesetzesvorwurfs, betreffend die Erhöhung der Posttaxen ein.

Fürst v. Bismarck: Wenn ich heute, m. H., zum ersten Male in Ihrer Mitte erscheine, so rechne ich auf Ihre Rücksicht, wenn ich zunächst außerhalb der zur Verathung stehenden Sache das Wort ergreife, um Ihnen mein Bedauern und meine Entschuldigung auszusprechen, daß ich bei der Eröffnung des Reichstages und bei seinen bisherigen Verhandlungen nicht gegenwärtig sein konnte. Ich kann Sie versichern, daß wirklich körperliches Unwohlsein mich daran hinderte, welches erst in den letzten Wochen, wo die Witterung milder wurde, mir die Herrschaft gestattete, und daß ich gern nach längerer Erholung gesucht hätte, wenn mich nicht mein eigenes Pflichtgefühl fortgetrieben hätte, noch mehr aber die Appellation an dieses Pflichtgefühl von Seiten eines Mitgliedes dieser geehrten Versammlung, des Abgeordneten Richter. Gerade von seiner Seite finde ich es eigentlich nicht ganz billig, mich so streng zu beurtheilen; denn er wird wohl selber am besten wissen, daß gerade er wesentlich dazu beiträgt, das an und für sich höchst mühsame und undankbare Geschäft einer ministeriellen Existenz einigermaßen zu erleichtern. Ich meine also, er sollte doch etwas nachsichtiger sein; ich kann aber einen Trost und eine Entgeltung hierfür in dem Gedanken und in der Hoffnung finden, daß, wenn er einmal, was ich ja bei seinen Anlagen als nicht unwahrscheinlich voraussetzen darf, in einer ähnlichen ministeri-

ellen Existenz sich befindet, er auch seinen Richter finden wird. (Große Heiterkeit.) Möge auch er dann in derselben Weise ohne jegliche Bitterkeit eine solche Kritik seiner Thätigkeit und eine so scharfe Opposition beurtheilen und möge auch ihm dann der Rückblick auf eine fast einvierteljahrhundertlange angestrengte, pflichttreue und zum Theil ja nicht erfolglose Wirksamkeit über derartige Angriffe hinweghelfen. Ich bin wirklich hierin in einer schwierigen Stellung. Wenn ich erkläre, daß meine Kräfte nicht mehr den Arbeiten genügen, und ich gesunden Kräften Platz machen muß, so wird das von mehr als einer Seite als eine Art von Felonie betrachtet und die Presse appellirt an mein Pflichtgefühl, an meine Vaterlandsliebe, während mir der Appell an den Arzt erwünschter wäre. Es werden mir ja von mehr als einer Seite derartige Vorwürfe gemacht, und namentlich in der Presse habe ich noch viel verletzendere Appelle an mein Pflichtgefühl vernehmen müssen.

Die Presse geht ja darin so weit, mir jetzt auch mit dünnen Worten vorzuwerfen, es wäre mir ja nicht gestattet, mein Gehalt in Paris zu verzehren. Es ist das doch ein kleiner thatächlicher Irrthum. Mein Gehalt verzehe ich hier in Berlin, bevor ich es noch im Sommer verlasse. (Heiterkeit.) Mit diesen wenigen Worten pro domo trete ich der Sache selbst näher, indem ich mich zuvörderst an die Versammlungen meines Collegen im Bundesrath, Herrn Camphausen, anschließe — ich ziehe es vor, ihn nicht als preussischen Finanzminister, sondern als Mitglied des Bundesrathes zu bezeichnen —; indem ich mich also seinen Worten darin vollständig anschließe, daß auf keinem Gebiete des Staatslebens die Entscheidung eines Reichstages, eines Parlamentes in letzter und unanfechtbarer Instanz zweifelsohne ist und sein kann, als in der Entscheidung über die Art, wie wir die Mittel aufbringen wollen, die wir für unser Staatswesen im Reiche und in den Einzelstaaten brauchen. In diesem Punkte, meine Herren, sind Sie vollständig in der Stellung, mit der Rücksicht des Mächtigen verfahren zu können und diese Frage lediglich aus dem Gesichtspunkte zu behandeln: ist es zweckmäßig, daß die Mittel, die wir brauchen, zum Theil in der vorgeschlagenen Form aufgebracht werden sollen, oder nicht? Wenn eine Regierung in dieser Finanz- und Steuerfrage nicht einmal die Rechte der Landesvertretung anerkennen und achten wollte, so wäre eben der Constitutionalismus bei uns noch nicht einmal zu den allerersten Anfängen gelangt. In der That, m. H., seien Sie in dieser Hinsicht ganz unbeforgt, und seien Sie nachsichtig und entgegenkommend in dem Gefühl Ihrer Machtstellung, die auf diesem Gebiete vollständig unantastbar ist.

Sie selbst werden doch aber auch mit uns wünschen müssen, daß die Mittel, deren das Reich bedarf, so aufgebracht werden, wie es den Steuerzahlenden am bequemsten und am leichtesten ist und wie es für die Befestigung und Consolidirung des Reiches am Nützlichsten ist und deshalb liegt die Frage allein so: entsprechen diese kleinen, vielleicht gerade durch ihre geringe Tragweite sündigenden Steuerentwürfe diesem Zwecke oder nicht? Ich erwähne ausdrücklich den geringen Umfang, die geringe Tragweite, denn von allen Gründen, die dagegen eingewendet sind, ist der meiner Empfindungsweise am nächsten verhandelt, daß Sie sich eine weiter greifende Steuerreform wünschen. Aber es ist das immer noch kein Grund, eine partielle, eine Abschlusssatzung auf die Reform von der Hand zu weisen. Der fundamentalen Reform haben in der langen Ergründung meines politischen Lebens immer nur diejenigen angehangen, die sie wirklich wollten, aber auch diejenigen, die die Sache überhaupt nicht wollten, aber sie nicht befechteten mochten und deshalb ihren Widerspruch darin kleideten, daß sie etwas Besseres, für den Augenblick aber nicht Erreichbares wollten, und deshalb das für den Augenblick Erreichbare angegriffen haben. Ich erinnere an die langjährigen Strömungen, die wir in Beziehung deutscher Reformen erlebt haben. Wehrgenir wir dabei doch wohl das alte gute Sprichwort: Das Beste ist das Gute Feind!

Eine totale Steuerreform inclusive der Zollreform, wer wünschte sie nicht? Aber sie ist eine Herkulesarbeit, die man verständigweise angefaßt haben muß in der Eigenschaft eines verhältnismäßigen Laien, wie ich es bin, um ihre Schwierigkeiten vollständig zu übersehen. Mit einem Zuge an diesem Wege, unter dem wir jetzt in steuerlicher Beziehung gefangen sind, da klirren alle Mägen bis in die kleinsten Staaten hinein; jeder hat seine besonderen Wünsche. Eine vollständige Reform kann nicht zu Stande kommen, ohne eine bereitwillige, thätige, in die Hände arbeitende Mitwirkung jeder einzelnen particularen Regierung mit dem Reich. Denn ich kann es nicht als eine Reform ansehen, wenn lediglich neue Reichsteuern aufgelegt werden, ohne daß alte verlassen werden. Ich will über die Frage des Bedürfnisses mit Ihnen gar nicht streiten, ob es richtig ist, daß man sich noch ein oder zwei Jahre ohne Steuern behelfen kann, ob in dem Falle, daß man es kann, es richtig ist, daß man es thut. Diese Frage zu betreten, will ich sachkundigeren Personen überlassen. Ich selbst will mich nur über meine principiell Stellung zu dieser Reformfrage ausdrücken. — Die einzelnen Bundes-Regierungen müssen bei einer Reform ihrer Steuern so viel Steuern aufheben, wie sie an Matricularbeiträgen ersparen; das zu erreichen, sind aber nicht dem Reichstage, sondern den einzelnen Landtagen die Mittel gegeben. Aber erst dann, wenn wir ihnen die Matricularumlage erleichtern, ist es Aufgabe der einzelnen Landtage, Betschatterien gegen ihre Ministerien aufzuführen, daß sie entsprechend der Erleichterung nun auch die drückendsten Steuern in dem einzelnen Lande erleichtern. Das gleichzeitig gewissermaßen Zug um Zug zu machen — ich sehe die Form nicht, in der das geschehen könnte, ich würde mich sonst sehr gern dazu erbieten.

Ich weiß nicht, ob die Gedanken, die ich über Steuerreform habe, im Allgemeinen Anklang finden; es würde mich, wenn sie den nicht fänden, auch das nicht abhalten, sie nach meiner Ueberzeugung zu verfolgen und abzuwägen, in welcher Weise es gelingt, sie bei den bewilligenden Körperschaften durchzubringen. Wenn ich zuerst vom Standpunkt lediglich des Reiches spreche, so habe ich das Bedürfnis einer möglichen Verminderung, wenn nicht vollständigen Befreiung der matricularen Umlagen im Auge. Es ist das wohl kaum bestritten, daß die Form der Matricularumlage eine solche ist, die den contribublen Staat nicht gerecht im Verhältnis seiner Leistungsfähigkeit trifft. Ich möchte sagen, es ist eine rohe Form, die zur Ueberschuldung dienen kann, so lange man in dem ersten Jugendalter des Reiches denselben eigene Einnahmen zu verschaffen nicht vollständig in der Lage war. Ist es anerkannt, daß es eine Steuer ist, die nicht gerecht trifft, so gehört sie von meinem politischen Standpunkt als Reichskanzler nicht zu den Mitteln, die das Reich consolidiren. Das Gefühl, zu ungerechten Leistungen herangezogen zu werden, entwickelt das Bestreben, sich einer solchen Ungerechtigkeit zu entziehen und vertritt.

Also aus dem Gesichtspunkte der Befestigung des Reichs — das Reich ist jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten; ich möchte sagen, bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgesetzt worden ist und deren Heilung jetzt versucht ist, da ist der callus noch nicht wieder so fest verwachsen, daß nicht Verwundungen oder ein starker Druck parlamentarischer Machtprobe und dergleichen das Reich empfindlicher treffen sollten, als den Particularstaaten. Denn dem uns eingeborenen Stammes-sondergefühl entsprechend, ist ja bei uns die Existenz des Particularstaates bisher vielmehr in succum et sanguinem gedrungen, viel naturwüßiger, ich möchte sagen, noch heutzutage lebenskräftiger zum Ueberdauern von Stürmen als das neue Reich. Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich. Wenn das Reich zu Grunde geht, was Gott verhöfne und verhütet wird, so würde ja die Sache sich nicht in nichts auflösen, wie bei anderen Staaten, sondern es würde der status quo ante eintreten. Der preussische Particularismus, der mächtigste und bei weitem gefährlichste, mit dem wir zu thun haben (Heiterkeit), würde aufsteigen in einer ungemein lebenskräftigen Weise; — also das Unglück, das Reich zu zerstören, ist für unsere deutsche patriotische Empfindung ein außerordentlich schweres; aber materiell ist eine Wiederherstellung einer dem alten Bundesverhältnis ähnlichen Einrichtung vielleicht für jeden auszubalen, der nicht etwa selbst Bundesstagsgefandter gewesen ist. (Heiterkeit.) Ich sage dies nur, um Sie zu bitten, das Reich in seinen Institutionen nach Möglichkeit in den kleinen Dingen zu schonen und zu pflegen, und denen, die sich überbürdet fühlen, und wie ich glaube mit Recht, etwas mehr Schonung und nicht die rein theoretische Härte entgegen zu tragen.

Ich kam über meine Gemüthsbeugung gegen particularistische Bestrebungen von der Frage der Reform ab, um Ihnen zu sagen, wie ich sie verstehe.

Ich glaube, daß ich die Pflicht habe, meine Meinung darüber darzulegen, und daß ich vielleicht Manche Ueberzeugung anhebe, wenn ich mich von Hause aus für indirecte Steuern erkläre und die directen für einen harten und plumpen Nothbehelf nach Ueblichkeit der Matricularbeiträge halte, mit alleiniger Ausnahme, ich möchte sagen, einer Ausnahmesteuern, die ich von der directen immer aufrecht erhalten würde, das ist die Einkommensteuer der reichen Leute, — aber wohlverstanden nur der wirklich reichen Leute, die heutige Einkommensteuer, wie sie bis zum Vermögen von 1000 Thren. geht, trifft nicht bloß reiche Leute. Es giebt Lagen des Lebens, in denen man mit 1000 Thren wohlhabend ist, das ist richtig; es giebt aber auch Lagen, in denen man mit 1000 Thren sehr gedrückt und genirt lebt, wo man nur mit Mühe die Kindererziehung, die äußere Erziehung, die Erziehung, die Wohnung, bestreiten kann. Sie werden sagen, es sind das Ideale, die ich vortrage. Ich glaube aber, Sie haben Recht, die Ideale Ihres verantwortlichen Beamten zu kennen. Ich glaube, man sollte von den directen Steuern als einen Ausnahmesteuern die Einkommensteuer beibehalten, aber nicht als Finanzsteuer, sondern mehr als Ehrensteuer. Dieselbe kann so unangeber viel nicht einbringen, wenn sie nur von den wirklich Reichen gezahlt wird. Wenn Sie die Steuerlisten ansehen und streichen die Einkommensteuer von 1000 Thren und bis zu 2000 Thren und ziehen nur diejenigen zur Einkommensteuer heran, die unter allen Umständen als wohlhabend zu betrachten sind, dann halte ich die Steuer für eine richtige, aber nicht einträgliche. Im Uebrigen aber ist das Ideal, nach dem ich strebe, möglichst ausschließlich durch indirecte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen. Ich weiß nicht, ob Sie eine französische Stimme vor Kurzem in den Zeitungen gelesen haben, die sich darüber münderte, daß wir Deutsche im Vergleich mit Frankreich unsere Steuerbelastung so ungeduldig trügen, Frankreich zahle doppelt soviel, und hätte viel mehr Ursache zur Unzufriedenheit, und in Frankreich würde über Steuerdruck in keiner Weise gemurmelt, während in Deutschland alle Blätter und alle parlamentarischen Neuerungen darüber voll wären.

Ich will über die Richtigkeit dieses Urtheils nicht streiten; die deutsche Schuld ist ja sonst sprichwörtlich; aber vielleicht nicht der eigenen Regierung gegenüber. (Seitert.) Ich glaube aber, daß es wesentlich darin liegt, daß in Frankreich wie in England die überwiegende Masse der Staatsbedürfnisse durch indirecte Steuern aufgebracht wird. Die indirecten Steuern — was auch theoretisch gegen dieselben gesagt werden mag, — factisch ist, daß man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wie viel der Einzelne bezahlt — der Einzelne kann sich nicht genaue Rechenhaft darüber ablegen —, und wieviel auf andere Mitglieder abgeköpft wird. Von der Klassensteuer aber weiß er ganz genau, was auf ihn kommt, und es ist so wunderbar, wenn man bei indirecten Steuern mit einem Mitleid, das ich früher einmal als heuchlerisch zu bezeichnen mich erlaubte, — ich will den Ausdruck heute nicht wiederholen, um nicht denselben Unwillen zu erregen — von der Seite des armen Mannes, von dem Licht des armen Mannes spricht, und demselben armen Mann seine Lebensluft, seinen Athem bekuert; denn die directe Steuer, die muß er zahlen, so lange er atmet, wenn er stirbt, ist er frei. Bei der directen Steuer wird nicht danach gefragt: kannst Du Deinen Trunk Bier unter Umständen entbehren? kannst Du weniger rauchen? kannst Du die Beleuchtung des Abends einschränken? sondern so muß er zahlen, er mag Geld haben oder nicht, er mag verschuldet sein oder nicht, und was das Schlimmste ist, es folgt die Execution, und nichts wirkt auf die Gemüther mehr, als das Exquiriren von Steuern wegen weniger Groschen, die für den, der sie zahlen soll, augenblicklich unerschwinglich sind. Der Grobstein ist gleich einer Million für den, der ihn nicht hat und ihn nicht im Augenblicke der Fälligkeit erschwingen kann und der sich sagt, so und so viel kriegt dieser Beamte Gehalt, so und so viel geht auf unnötig scheinende Ausgaben, und ich werde hier um mein Viehchen Geld exquirirt. Solches Elend kommt von directen Steuern.

Nach mir die directen Steuern den städtischen Verwaltungen, möchte ich als Landbewohner sagen, dann wird der starke Zug nach den Städten einigermassen mit der Zeit aufhören. Hier den Staat aber ist es meiner Ueberzeugung nach die Aufgabe, nach Analogie von England und Frankreich nach indirecten Steuern zu streben. In Frankreich kenne ich wohl die Grundsteuer, diese hat aber in ihrer dauernden Wirkung nicht mehr die Natur einer Steuer, sie hat bei der Auslegung nur die einmalige Wirkung einer Confiscation eines bestimmten möglichen oder unmöglichen Vermögensanteils; aber im Uebrigen hat sie nicht die Wirkung einer Steuer, sondern die einer Real-last, die der nächste Käufer oder Erbe übernimmt. Man hat sich daran gewöhnt und hat von Grund und Boden nicht mehr gesagt. Ich bekenne mich unbedingt zu dem System der indirecten Steuern, ich glaube auch, daß die indirecten Steuern sich vielmehr in das Niveau, das Gleichgewicht setzen in Beziehung auf die Frage, wer sie denn eigentlich trägt, als man gewöhnlich annimmt. Wenn ich, um mich von der Sache nicht zu entfernen, der Reizung von der Schlachtsteuer zu sprechen widerstehe und mich an die Biersteuer halte, so bin ich der Meinung, daß auch der Nichtbiertinker an dieser Biersteuer seinen erheblichen Anteil tragen wird. Er braucht Dienstleistungen in großer Menge; nicht bloß die directen Dienstleistungen eines Domestiken im Hause, der doch auch an das Bier gewöhnt ist und dasselbe in seinen Lohn verlangt, sondern Dienstleistungen, die sich die Handwerker unter einander leisten. So werde in den Paar Stiefeln das Bier, das der Schuhmacher zu trinken pflegt und was zu seinen täglichen Bedürfnissen und Gewohnheiten gehört, vergütet müssen pro rata parte (Seitert.). Und so könnte man die Beispiele bis ins Unendliche vervielfältigen; durch versteuertes Brot, durch versteuertes Bier und versteuertes Fleisch wird aber jede der Dienstleistungen, die wir von einander verlangen, um so viel versteuert, als nöthig ist, um den Dienstleister resp. Verfertiger des gebrauchten Objectes in die Lage zu versetzen, daß er seinen Bedürfnissen nach existiren kann. Ich glaube, daß auf diese Weise die indirecten Steuern sich von selbst vollständig ins Gleichgewicht bringen.

Mein Bestreben wäre also Verminderung der Matricularbeiträge, soweit es sein kann. Zur gänzlichen Abschaffung ist es noch sehr weit hin, und das möchte ich auch dem Motive der Beibehaltung entgegenstellen, welches daraus entnommen wird, daß das Bewilligungsrecht eines Satzes der Matricularbeiträge eine parlamentarische Machtfrage wird. Die Macht des Reichstages beruht auf Recht, Gesetz und Verfassung. Eine nicht bewilligte Ausgabe wird ganz richtig nicht geleistet, und mit einer Regierung, die unbewilligte Ausgaben zu bewilligen geneigt ist, mit der wird auf die Dauer kein verfassungsmäßiges Auskommen sein. Ihre Macht ist meines Erachtens vollständig gewährleistet, aber selbst, wenn sie mehr bedürfen, so sollten sie lieber suchen, diese Macht auf dem Gebiete der Territorialverfassungen zu üben; sie stehen fester und als Reichskanzler habe ich nicht dafür zu sorgen, wenn sie von ihrer Opposition bedrängt werden. Das Reich ist wirklich, ich wiederhole es, noch in sich verwaschen genug, um der Boden zu sein, auf dem Kraftproben angestellt werden können. Indessen wir kommen diesem Punkte noch lange nicht nahe; soviel ich mich an die Ziffern erinnere, handelt es sich hier um 13 oder 14 Millionen Mark für die beiden Steuern gegenüber den 57 Millionen Mark Matricularbeiträge. Es fragt sich bloß, ob Sie uns helfen wollen, einen Schritt in der Richtung einer Reform zu thun, wenn wir die ganze Reform nicht leisten können. Die letztere wird in erster Linie immer im Reich anfangen müssen, die Particularstaaten können erst nachfolgen, auch die Rolle stehen dem Reiche zu. Ich bin der Meinung, daß wir in unseren Zöllen, ganz unabhängig von der Frage, wie hoch jedes Einzelne besteuert werden soll, uns doch frei machen von dieser so großen Masse von zollpflichtigen Gegenständen, daß wir uns auf das Gebiet eines reinen, einfachen Finanzsystems zurückziehen und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel sind, d. h. nicht einen hinreichenden Ertrag geben, aber Vord werfen, daß wir die zehn oder fünfzehn Artikel, die die größte Einnahme gewähren, so viel abgeben lassen, wie wir überhaupt aus den Zollquellen für unsere Finanzen nehmen wollen.

Als solche Gegenstände der Verzollung und zugleich einer entsprechenden Besteuerung im Inlande sehe ich im Ganzen an diejenigen Verzehrgegenstände, deren man sich, ohne das Leben zu schädigen, in gewissem Maße wenigstens zu enthalten vermag, wo man in gewissem Maße den Regulator seiner eigenen Beiträge zum öffentlichen Steuerfadel in so weit in der Hand hat, daß man weiß, wenn ich zwei Seidel trinke, so zahle ich zwei Pfennige, — soviel mag darauf kommen, ich weiß es nicht — und wenn ich zehn Seidel brauche, so zahle ich zehn Pfennige, dasselbe ist der Fall mit dem Kaffee, und vor Allem mit dem Tabak. Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen reuert, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen gönne; denn der Brantwein hat heut zu Tage einen großen Abfall, und ähnlich steht es auch mit dem Bier, dem Brantwein, dem Zucker, dem Petroleum, und alle diese großen Verzehrgegenstände, gewissermaßen die Luxusgegenstände der großen Masse. Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu besteuern geneigt sein, sie bringen aber dem Staatsfadel nicht viel ein. Trüffeln und Quinquagen, was können die einbringen? Da kommen wir in eine Menge kleiner Gegenstände, Pariser Toilettegegenstände u. dergl. Ich würde sie mit dem Zolle unter Umständen sehr hoch fassen. Indessen würde ich darüber keine Maßschläge geben, sondern nur im Allgemeinen das System entwickeln, nach dem ich streben würde, wenn sich dieses Streben so leicht realisiren ließe wie die Gedanken, die eben leicht im Kopf bei einander wohnen, aber im Raume da stoßen sich funfswanzig Regierungen und die verschiedenen Interessen und die Parlamente, ja selbst schon die Ministerien in sich und die eigenen Mitarbeiter, wie wir hier

bei einander sitzen, sehr einig unter uns, selbst wir würden, vollständig ausgeschüttet, eine Menge einander bekämpfender Gedanken zum Vorschein bringen (Seitert.), die man um des Friedens willen sich verschweigt und da ist die Herstellung einer Einigung über große, durchgreifende Reformen eine Herkulesarbeit, für die eine ganze Compagnie von Herkulesen — wenn der Mural erlaubt ist — nicht ausreichen wäre, und so aufreißend, wie heut zu Tage eine ministerielle Erfindung ist — ich fürche gar nicht von der meinigen — das sehen die Herren vor sich, die im Landtage, im Reichstage, im Bundesrat fortwährend beschäftigt sind.

Wo soll denn die Zeit herkommen, in der irgend Jemand, geschweige die große Menge, die daran mitarbeiten hat, in voller Ruhe und mit derjenigen Besonnenheit, die ein discussionstheoretisches Werk verlangt, dergleichen auszuarbeiten im Stande wäre. Die Arbeit kann auch dadurch nicht gefördert werden, wenn, wie der Abgeordnete Richter empfahl, anstatt der jetzigen, reichskanzlerischen Verfassung, dem Reiche ein collegialisches Ministerium gegeben würde. Ein Jeder, der eine Zeit lang Minister gewesen ist, weiß, wie viel langwieriger, schwieriger, aufreißender und angreifender für jeden einzelnen Vertheilten ein Collegialministerium arbeitet. Außerdem fällt ja die Verantwortlichkeit vollständig weg, sobald ein Collegium entscheidet. Es ist eine Fiction, daß dem collegialisch abstimmanden Ministerium die Verantwortlichkeit zufällt. Man denke sich den preussischen Ministerpräsidenten angewiesen auf die Unterstützung von den beiden Jhnen aus dem Budget bekannten Räten, dem Herrn Unterstaatssecretär und den zwei Hilfsräthen. Wenn die also ein Finanzproject ausarbeiten sollten, zu dem das Finanzministerium an sich nicht geneigt wäre, so befinden sie sich in vollständiger Hilflosigkeit, und müssen acceptiren, was geboten wird. Also ist die Verantwortlichkeit eines Ministerpräsidenten für das, was in der Regierung geschieht, eine sehr beschränkte. Er hat nichts zu befehlen und nichts zu sagen. Er hat kein Ressort. Alle anderen sind wenigstens in ihrem Ressort unabhängig. Der Ministerpräsident kann nicht einen Nachwächter selbstständig ernennen, er hat immer nur zu bitten, zu beschwören, zu vermitteln, wenn Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, aber zu sagen hat er eben gar nichts. Zu einer so undankbaren Rolle, wie die eines Ministerpräsidenten in einem collegialisch wirkenden Ministerium ist, würde ich mich, wenn ich nicht gewohnt wäre, aus alter Angewohnheit mich den Wünschen meines Königs und Herrn zu fügen, unter keinen Umständen weiter hergeben. So undankbar, so machtlos, so ohnmächtig und dabei doch so schwer verantwortlich ist diese Rolle. Verantwortlich kann man eben nur sein für das, was man selbst freilich thut, ein Collegium ist für nichts verantwortlich, auch die Majorität nicht, sie ist später nicht aufzufinden.

Man sagt, der einzelne Ressortminister sei verantwortlich. Wo ist aber ein Ressort so gefunden, daß es nicht der Mitwirkung von zweien und dreien Andern zur Durchführung seiner Maßregeln und Pläne bedraufte, die es aber vielleicht nicht gefunden hat. Die ganze Verantwortlichkeit wird eine fictive, wenn sie einem Collegium gegenüber geltend gemacht werden soll, ganz abgesehen davon, daß wir abstimme Collegien nachgerade im Reiche genug haben, den Bundesrat und Reichstag nicht bloß, sondern sämtliche parlamentarische Einrichtungen. Es ist gewiß sehr bequem, im Collegium beschließen zu lassen und zu sagen: das Ministerium hat beschlossen, anstatt zu sagen: ich, der Minister, trete ein; fragt man ein Collegium: wie ist das eigentlich gekommen? so wird jeder abschwehnd es anders erzählen, wenn das Beschllossene mißfällt ist, Niemand wird verantwortlich sein. Daß bei der Collegialverfassung schneller und durchsichtiger gearbeitet wird, das wird Niemand einräumen, der beide Sachen mit durchgemacht hat — schon die Repliken und Duplikten und Anaduplikten und Quintuplikten unter verschiedenen Ministern, wo keiner entscheiden kann, als daß man schließlich zu dem Ausfunksmittel eines Consequenz unter Vorbehalt Sr. Majestät, wozu doch sehr selten und sehr schwer geschritten wird, ergreift, würden wir im Stande sein, Jhnen das Reichsbudget zur rechten Zeit vorzulegen, auch in diesem Jahre nicht, wenn wir nicht das Entscheidungsrecht eines allein verantwortlichen Kanzlers hätten. Nur Einer kann verantwortlich sein, die Andern können nur dafür verantwortlich sein, soweit sie durch die kanzlerische Verantwortlichkeit nicht gedeckt sind, und ich verstehe die Verantwortlichkeit der Minister nicht in der Weise, daß ich in jeder einzelnen Branche die Einzelheiten damit glaube zu können; ich glaube nur dafür verantwortlich zu sein, daß an der richtigen Stelle die richtigen Personen, achbar und funsig ihres Geschäftes sind und daß äußerlich erkennbare prinzipielle Fehler, namentlich solche, auf die der Reichstag aufmerksam gemacht hat, nicht dauernd eintreten.

Für Einzelheiten kann ich nicht verantwortlich sein, sondern da muß jeder Reichsminister — denn wir haben deren und werden deren, wie ich glaube und wünsche, mehr bekommen — das auswärtige Amt, die Marine, die Eisenbahnbeförderung, wir haben neuerdings die Post und Telegraphie — kurz und gut, es kann sich ja ausbilden, und ich wünsche z. B. dringend, daß die Verwaltung von Eisenbahnen selbstständig gestellt wird; ich kann in die Details der Landesverwaltung auch viel weniger hineinsehen, in die Details eines Reichsministeriums, — wenn die personalen und anderen Fragen sich überwinden lassen, so bin ich der Erste, der den Tag mit Freunden verbringt, wo meine Verantwortung auf das Maß des wirklich dem Lande verantwortlichen Premier-Ministers reducirt wird, und ich neben mir einen in erster Linie dem Kanzler und durch den Kanzler dem Lande, in den nicht durch den Kanzler gebetteten Jhnen auch direct dem Lande verantwortlichen Minister für Eisenbahnen sehe, — ich will das nicht weiter analysiren. Ich will nur sagen, daß Sie die Sachlage nicht richtig beurtheilen, wenn Sie glauben, daß meine Abwesenheit leichter zu vertreten wäre, wenn ein collegialisches Ministerium bestände, oder daß die Geschäfte dabei irgend etwas gewinnen würden, das Reich würde an der rationalen Actionsfähigkeit, die es jetzt besitzt, an einheitlicher Festigkeit verlieren; die Reichsregierung — denn etwas anderes ist ja nicht auf Seiten des Kanzlers und des Kanzleramtes nach der ursprünglichen Verfassung — würde in sich gespalten, gelähmt und uneinig werden, und auch für die Zeit, wo ich nicht mehr in eigenem Interesse diese Rechte vertreten würde, möchte ich meine Herren Kollegen und die Mitglieder des Reichstages dringend warnen, an dieser nützlichen Einrichtung, die der eines englischen Premierministers entspricht, nicht abzugehen; in Preußen ist es die Conglomeration von 8 Ressorts, deren jedes einen unabhängigen Staat bildet, und es wäre vielleicht nicht schlimm, wenn jede der 11 Provinzen ihren Minister hätte, wie es früher Minister von Schlesien gab, und diese mit einander zu beraten und zu beschließen hätten. Wir ständen vielleicht nicht so schlimm, als bei dieser Theilung des Staates in Ressortstaaten, wo jedes einzelne sich auf seine ausschließliche Verantwortlichkeit berufen kann, in der That aber Niemand verantwortlich ist und kein Ressort in das andere hineinsehen kann.

Verzeihen Sie, wenn ich weitläufig werde in dieser Sache, aber „Was das Herz voll ist, davon geht der Mund über“, davon kann ich keine Ausnahme machen; aber wenn ich für Darlegung meiner Steuerreform auf das nächste Gesetz insoweit übergreifen kann, daß auch die Stempelabgaben gerechter vertheilt werden, wie es durch jene Vorlage zum ersten Male versucht wird. Es ist dies allgemein anerkanntes Bedürfnis. Die jetzige Besteuerung alles Verkehrs, der den Grundbesitz betrifft, mit Stempeln ist ja erstaunlich ungerecht im Vergleich mit der, welche die mobilen Capitalien in allen Geldgeschäften dem Anlauf von beweglichen Sachen, Quittungen und dergl. zahlen. Wenn ich für den Verkauf eines jeden immobile ein volles Procent geben muß, wenn ich bei der Verpachtung eines Gutes die ganze Wachsanne vorweg, wenn ich auf 30 Jahre verpachte, die im Jahre 1905 fällige Rate schon jetzt im Jahre 1875 verstemeln muß, als wenn sie haar auf den Tisch gezahlt würde, so sind das den Grundbesitz treffende Ungerechtigkeiten, die bei der Reform remedirt werden. In dieser Richtung wird also das demnachst folgende Stempelgesetz Jhnen eine Abzahlung, ein Entgegenkommen liefern, und ich möchte Sie bitten, aus diesen Erörterungen alle Fragen der Macht und in Folge dessen der Verlinnung zu entfernen und allein mit sachlicher Prüfung der Sache näher zu treten. Sie haben aus der Rede des Herrn Finanzministers zum Theil entnommen, es läge ihm wenig daran, daß die Vorlagen durchgebracht würden. Es ist dies, wie er Jhnen auch versichern wird, ein Trübsal. Er hat damit sagen wollen: wenn Sie diesen unsern wohlgemeinten Versuch des ersten Schrittes zu einer Steuerreform ablehnen, so sind Sie allerdings in Ihrem Rechte, wir können nichts dagegen machen, als daß wir damit wiederkommen, bis Sie oder wir die Ueberzeugung ändern oder andere Personen aus Rader treten.

Von Empfindlichkeiten, Cabinetfragen und dergleichen kann hierbei nicht die Rede sein. Es ist Ihre Sache, die Steuern so aufzubringen zu lassen, wie es dem Lande am nützlichsten ist und wenn Sie nicht unserer Meinung sind, so müssen wir uns mit der Hoffnung trösten, daß Sie es künftig sein werden. Also in diesem Sinne möchte ich Sie bitten, zunächst das Gesetz für die Bierbesteuerung anzunehmen, das noch den großen Vortheil hat, daß es die Besteuerung für Nord- und Süddeutschland einander annähert und daß es der rechte Schritt, und zwar in der Verfassung vorgesehene Schritt ist auf der Bahn einer künftigen Gleichstellung, die zwar noch immer nicht zu erreichen sein wird, so lange der norddeutsche Verzehr im Bierre dem süddeutschen nicht gleichkommt. — Die Süddeutschen haben eine sehr viel höhere Einnahme, weil in Süddeutschland viel mehr Bier getrunken wird pro Kopf; es ist aber auch sehr viel besser. (Seitert.) Ich glaube, daß die Erhöhung der Steuer vielleicht zu besserem Bierre führen wird, daß die elende Flüssigkeit, die in Norddeutschland zum Theil unter dem Namen Bier gegeben wird,

die Steuer gar nicht werth sein wird, gerade so wie früher bei der Schlachtsteuerverpflichtung in den Städten kein schlechtes Fleisch auf den Markt kam, weil es die Steuer nicht lohnte. Ich gebe mich also der Hoffnung hin, daß die Steuer das Bier nicht verschlechtern wird, sondern im Gegentheil die Steuerzahler den Ernst des Geschäftes einsehen und ein besseres Bier als bisher brauen werden. In dieser Hoffnung bitte ich Sie, das Gesetz anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Löwe: Die Ausführungen des Reichskanzlers haben ohne Zweifel überall auf die größte Beachtung zu rechnen, und können wir ihm überall da beistimmen, wo er die Einheit der Verwaltung eindringlich betont, ebenso in vielen Beziehungen dem, was er über die directen oder indirecten Steuern gesagt hat; nur bezüglich der Aufhebung der Matricularbeiträge wird er nicht der allseitigen Zustimmung des Hauses begegnen. Wir wissen auch, daß die Matricularbeiträge eine rohe, ohne Rücksicht auf die Steuerkraft des Einzelstaates erhobene Steuer sind. Wenn nun der Reichskanzler dieser Rohheit gegenüber sich auf andere, ebenso rohe Steuern bezog, so hat er dabei vergessen die Salzsteuer zu erwähnen. Ich erwähne diese Steuer beiläufig und meine, jede große Reform der indirecten Steuern muß mit der Salzsteuer beginnen. Wir betreten einen ganz falschen Weg für die Reform der indirecten Steuern, wenn wir immer eine Steuer auf die andere setzen und es der Zukunft überlassen, ob irgendwo eine Gleichrichtung eintritt. Was die Matricularbeiträge betrifft, so haben dieselben für uns noch die Bedeutung, daß sie die einzelnen Staaten an unserm ganzen Finanzwesen in der Weise interessieren, daß sie, indem sie das Budget ausstellen, sich bemühen sind, daß, was sie an Mehrausgaben uns vorbrachten, zum Theil aus den Matricularbeiträgen gedeckt werden muß. Wir sind um so weniger in der Lage, dieselben aufzuheben, weil es Staaten giebt, zum Beispiel Mecklenburg, wo die Aufhebung der Matricularbeiträge dem Volke selbst gar nicht zu Gute käme. — Wir sympathisiren auf das Höchste mit den Ausführungen des Reichskanzlers über die Organisation von Reichsministerien, und wenn er sich über ungerechte Vertheilung beklagt, so kann er sicher darauf rechnen, daß er die größten Sympathien für seine Leistungen nicht bloß in diesem Hause, sondern in der deutschen Nation findet (Beifall), aber die Klagen über die übermäßige Belastung seiner Person sind so allgemein, daß ich das, was die öffentliche Meinung als das Schwerste bezeichnete, dahin präcisire: nicht das multum ist es, sondern die multa, die von allen Seiten auf den Reichskanzler gehäuft werden, sind es, wofür er die Verantwortung nicht tragen kann.

Wir hoffen und glauben, daß er sich mit seiner Verwaltung in einem Uebergangsstadium befindet, wo die Einheit sehr schwer herzustellen ist. Es muß eine solche Verwaltung einheitlich geleitet werden, übereinstimmend nach einer großen Idee; wir fürchten, daß der Reichskanzler in vielen Punkten auf Schwierigkeiten stoßen wird, aber wenn wir nun einmal neue Wege einschlagen wollen, dürfen wir das große Ziel nicht aus den Augen verlieren. Ist der Ministerpräsident nicht im Stande, mit einem Kollegen zu arbeiten, so muß der letztere weichen. Der Ministerpräsident muß sich Mitarbeiter suchen, denen er ein gut Theil die Verantwortung überlassen kann, ohne speciell immer zu kontrolliren. (Rufe: Sehr richtig!) Auf eine unbestimmte Hoffnung hin können wir nicht einen Schritt in der Gegenwart und für dieselbe thun, der nicht mit unseren Ideen übereinstimmt. Darum sagen wir: die Matricularbeiträge sind beizubehalten, weil das Reich noch keinen Körper hat; er hat zwar einen großen Kopf, aber einen lächerlich dünnen Körper, den ich gern erstarren sehen möchte. Wir fürchten, daß, wenn wir die Einzelstaaten erst aus der unmittelbaren Steuerleitung für das Reich entlassen haben, ihr Particularismus noch wachsen wird. Mit dem jetzt betretenen Wege hat die Regierung keine glückliche Reform inaugurirt. Der Bundesrat hat sich gerade an eine Steuer gemacht, die im höchsten Grade mangelhaft ist und wenig Aussicht auf den Ertrag bietet, auf den gerechnet wird. Ebenso wenig wird sie einen Ausgleich mit Baiern herstellen, weil die Schwierigkeiten nicht in der Steuerdifferenz liegen, sondern in der verschiedenen Erhebungsmethode; ferner ist keine Aussicht dazu, daß durch die neue Steuer, wie der Reichskanzler erwartet, das Bier besser wird. Wir haben dem Wale die Matricularbeiträge hinsichtlich der Verbesserung hinzugefügt, um dadurch einen höheren Steuerertrag zu erhalten. Stellen Sie aber eine Berechnung an, wie viel Steuer auf jeden Hectoliter Bier entfällt, so finden Sie, daß die Steuer, trotz der Besteuerung der Surrogate, abgenommen hat. Vor der Besteuerung der letzteren betrug sie 87 1/2 Reichspfennige, nach derselben 85 1/2 Pf. und die Motive der Vorlage geben sogar nur 83 Pf. an. Es ist also die angenommene Zunahme der Steuer um 1/2 Million gar nicht eingetreten. Auch sagt das Publikum, das Bier wäre schlechter geworden und giebt auch einen greifbaren Beweis hierfür, indem es lieber das importirte theure Bier trinkt. Wollen wir hier einen Ausgleich herbeiführen, müssen wir uns fragen, sollen wir nicht die Methode der Besteuerung annehmen, wie sie in Baiern ist, unter der die Production zu so großer Vollkommenheit im Product und zu so erheblicher Rentabilität für die Brauer geführt hat? Ich wende mich nun zu den Surrogaten des Bieres, zunächst zu denen für Wale und zu ihrem schädlichen Einfluß. Während Sie im reinen Maltbier die alkoholische Gährung haben, außerdem aber auch den extractiven Stoff, der dem Trinker die Befriedigung gewährt, die er von einem wirklichen Genußmittel zu erwarten berechtigt ist, haben Sie in unseren norddeutschen Bieren viel mehr Alkoholgehalt, da meist Surrogate darin sind, die eben Alkohol, aber keinen Extractivstoff enthalten. Wollen Sie daher den verderblichen Wirkungen des Alkohols begegnen, müssen Sie die Surrogate einfach verbieten; auch aus Gesundheits-Interessen wäre dies zu wünschen. Hier kommt besonders der Hopfen und seine Surrogate in Betracht. Der medicinische Congress in Brüssel hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und gefunden, daß, wenn man über Bier und seine Besteuerung Bescheid geben wollte, man erst das Wort „Bier“ definiren müsse. Bier ist nicht jede braune oder helle Flüssigkeit, die unter diesem Titel von irgend Jemand ausgehen ist, sondern Bier ist ein Gebräu aus Hopfen und Wale; was darüber ist, ist vom Uebel und was außerdem in dasselbe gethan wird, ist eine Fälschung.

Es kommt vor, daß ein Gemisch von grüner Stärke, Thymothee und Herbstzeilose verkauft wird. Wenn dies unter seinem richtigen Namen geschieht, habe ich nichts dagegen, nur für Bier soll man es nicht ausgeben. Von solchen Conjunctionsmitteln kann man nicht sagen, sie sind etwas schlecht, sondern einfach, sie sind gar nichts werth. Wenn wir also an die Braukultur herangehen, müssen wir in erster Reihe die Surrogate beseitigen. Dann wollen wir uns auch mit Baiern verständigen, eine gleiche Steuer für die verschiedenen Artikel zu erheben, damit wir endlich die Zollfragen loswerden und die Uebergangsabgaben. Diese haben zwei Nachteile, einmal werden sie erhoben vom Empfänger, und dann zahlt die bayerische Regierung noch eine Bonification für das exportirte Bier, ein Umstand, der schlecht auf die Moralität wirken muß. Ich zweifle daran, daß wir den richtigen Weg beschreiten können, wenn wir uns nicht entschließen, die Salzsteuer fallen zu lassen und uns andererseits eine Steuer erheben, die einen wirklichen Steuerertrag zu liefern im Stande ist. Ich meine, daß wir aus dem Tabak, mag man ein Regal daraus machen oder nicht, eine große Einnahmequelle erzielen können. Was aber die projectirte Erhöhung der Braukultur angeht, so halte ich diese aus fiskalischen und wirtschaftlichen Gründen für unzulässig, und können wir daher nicht darauf eingehen, auch bin ich der Meinung, daß kein Grund da ist, um die Matricularbeiträge im Augenblick so viel abzumindern, daß sie nicht mehr empfindlich für die einzelnen Staaten sind und anstatt dessen eine Erhöhung von indirecten Steuern vorzunehmen, die neue Belastungen bieten und keine Gleichrichtung der Masse des Volkes schaffen. (Beifall.)

Abg. Dr. Lucius (Erfurt): Auch wir haben, wie die Herren von jener Seite (links), weder eine Neigung noch Schwärmerie für die Bewilligung neuer Steuern; wir sind mit Jhnen (links) der Ansicht, daß dieselben nicht ohne den Nachweis eines dringenden Bedürfnisses eingeführt werden dürfen. Ich erinnere Sie daran, daß wir mit Jhnen dazu beigetragen haben, die unteren Stufen der Klassensteuer zu beseitigen und die Wale- und Schlachtsteuer abzuschießen. Wir meinen aber nicht, daß es des Bundes der Matricularbeiträge bedürfe, um das Deutsche Reich zusammenzubalten; in einem Staat der allgemeinen Wehrpflicht brauchen wir dies compelle nicht, und wenn die Matricularbeiträge auf unrichtigen Grundlagen beruhen, haben wir keine Veranlassung, sie aufrecht zu erhalten, wären uns dann auch nicht gegen eine gemeinsame Reichseinkommensteuer absehend verhalten. Ein anderes Moment, welches zu Gunsten einer Steuerreform sprach, war die Berücksichtigung, daß sie unter die Kategorie der indirecten Steuern falle. Ueber den Werth derselben wird vielfach gestritten, so viel steht aber doch fest, daß die meisten Klagen über Steuern die directen Steuern betreffen; daher scheint es in der That sehr erwägenswerth, ob wir uns nicht auch dem System der indirecten Steuern zuwenden sollen. Meine Herren, wir und die Fraction, der ich angehöre, sind daran gewöhnt, daß man uns schußwollnerische Tendenzen unterstellt. Ich stelle dies entschieden in Abrede, würde aber sehr dankbar sein, wenn man mir sagte, wo der Schußwoll aufhört und Finanzwoll anfängt. (Abg. Richter: Das ist sehr leicht.)

Meine Herren, der Finanzminister hat neulich unter dem Beifall des Hauses seine constitutionelle Gefinnung betätigt, indem er sagte: die Regierung habe zu weichen, wenn eine Differenz zwischen Reichstag und Regierung vorläge. Der Abgeordnete Laster hat versichert, daß keine Differenz vorhanden sei, und ich theile diese Ansicht. Um aber dies Einbernehmen zu

erhalten, ist vor allem notwendig, daß der Reichstag weiß, welche Ziele die Regierung verfolgt. Diese Verständigung wird sehr erschwert, wenn gleich beim Einbringen der Vorlage die Vertheidigung aufgegeben wird, wie dies der preussische Finanzminister gethan hat. Derselbe hat auch eine herbe Beurtheilung der Discontopolitik der preussischen Bank geübt. Der Reichstag kommt durch solche Äußerungen in eine schiefte Stellung. Sodann schien der Finanzminister auch im Lauf der Discussion die Verantwortung für die Finanzvorlage abzugeben, während doch nach constitutioneller Auffassung der Regierung die Initiative und auch die Verantwortung zufällt. Durch solches Vorgehen desorganisiert die Regierung die parlamentarischen Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Regierung in ihren Ideen zu unterstützen.

Bundesbevollmächtigter Camphausen wendet sich gegen die Vorwürfe des Abgeordneten Lucius. Er (Redner) habe keine Anschuldigung gegen die preussische Bank aussprechen wollen, sondern nur die Herabsetzung des Discontos als nachtheilig betont; in der That sei derselbe heute herabgesetzt. (Hört! hört!) Ferner habe er keine Verantwortung für die Vorlagen übernommen und sei ihm eine solche Verantwortung nach seinen dargelegten ausführlichen Erörterungen ganz unerfährlich. Wenn dieselben als ein Aufgeben der Vorlagen betrachtet würden, dann müsse er sagen, eine solche Auffassung sei ihm völlig unverständlich.

Hg. Dr. Windthorst: Meines Erachtens haben die Herren Delbrück und Michaelis nachgewiesen, daß unsere Finanzen nicht günstig stehen, was mich allerdings dahin führen müßte, neue Steuern zu bewilligen, wenn ich nicht glaube, daß, was uns fehlt, durch Ersparung gewonnen werden könnte. Ich bin der Meinung, wir hätten sehr erhebliche Ersparungen zu machen. Die Thronrede versichert uns der eminent friedlichen Stimmung Europa's, und ich meine, es wäre deshalb an der Zeit, Verläufe zur Beschränkung des Militäraufwands in Deutschland und in Europa überhaupt zu machen. Der preussische Finanzminister hat uns ja in der vorigen Session zur Sparsamkeit verwiesen, ich hätte nur gewünscht, daß diese so heilsame und nützliche Mahnung zuerst von unserer Verwaltung beachtet worden wäre. Daß der Minister Camphausen sich vorstern so ganz außerordentlich constitutionell gezeigt hat, kann uns nur freuen, und Herr Lasker hat dieser Freude einen Ausdruck gegeben, dessen Wärme ich für ein Zeichen der Versöhnung halten mußte. Ich hatte daselbst Anfangs nicht verstanden, da ich nicht wußte, wer die Seitenreden hinter der Gardine gewesen, indessen haben seitdem die Blätter der nationalliberalen Partei das Verständnis des Vorganges erleichtert. Niemand ist das parlamentarische System so offen proclamirt worden, als ebenstern, wo der Minister erklärte: „Ist die Majorität anderer Meinung als die Regierung, so muß die Regierung zurücktreten.“ (Widerspruch.) Ich bin erkrankt, bei den Herren Nationalliberalen auf Widerspruch zu stoßen. (Abg. Richter [Hagen]: Sehr wahr!) Ich hätte mich nur gefreut, wenn diese Grundzüge des preussischen Finanzministers auch in anderen Bundesstaaten, z. B. in Baiern beachtet würden, wo augenblicklich die entgegengesetzte Theorie befolgt wird. (Zustimmung im Centrum, Unterbrechung links; Rufe: Zur Sache!)

Der Finanzminister hat aber dann eingestanden, daß die Steuererhöhung heute noch nicht absolut notwendig, sondern erst in Zukunft erforderlich sein werde. Wenn das der Fall ist, so kann ich nicht eher dafür sein, als bis die absolute Nothwendigkeit dazu vorliegt. Verschiedene Finanzmänner des Hauses haben auch eine künftige Nothwendigkeit bestritten, weil die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern sich bedeutend heben könnten. Meines Erachtens ist eine Vermehrung dieser Einnahme nur zu erwarten, wenn sich das darniederliegende Gewerbe wieder hebt und der Volkswohlstand in eine bessere Lage geräth. Die Herren von der nationalliberalen Partei leugnen jeden allgemeinen Nothstand; ich selbst kann das Allgemeine nicht vollständig übersehen, doch muß ich unbedingt sagen: in den Kreisen, in welchen ich lebe, ist der Nothstand außerordentlich. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.) M. H., ich mache keinen schlechten Scherz, dazu ist mir das Thema zu ernst! Tagtäglich haben wir neue Concurrenzen, Firmen brechen zusammen, die über ein Jahrhundert bestanden, täglich werden Arbeiter in massenhafter Anzahl entlassen, und die Löhne der nicht entlassenen sind so reducirt, daß sie davon nicht leben können, wenn nicht die Preise der Lebensmittel ganz erheblich sinken. Von der französischen Grenze bis Berlin herrscht ein Nothstand, das weiß ich, ob auch in Danzig? das kann ich freilich nicht sagen. Es ist aber nicht ohne eine solche Danksache bei Seite zu schieben, man muß jedem Uebel mit offenen Augen entgegensehen. Wenn der College Lasker gesagt hat, der Nothstand könne nicht so groß sein, denn die Sparkassen füllten sich, so erwidere ich, ich will erst wissen, was die Leute sind, die ihr Geld zur Sparkasse tragen. Es sind kleine Verkäufer, die, nachdem die Banken ihren Credit verloren haben, sich sagen, wir thun besser daran, nachdem wir schon Geld genug bei unsicherer Cantonalbank, bei Provinzialdiscontos, bei der Unionbank verloren haben, unser Geld zur sicheren Sparkasse des Ober-Bürgermeisters Gumbrecht zu tragen. (Heiterkeit.)

Dann hat Herr Lasker den Vorwurf für unbegründet erklärt, daß die wirtschaftliche Gefährdung mit alleiniger Ausnahme des Actiengeschäftes zu dem Nothstande beigetragen hätte. Ich meine, wir hätten das Actiengeschäft sehr rasch zu revidiren, aber damit ist die Sache nicht abgethan. Wir werden auch das Freizügigkeitsgesetz revidiren, wir werden die Gewerbeordnung funditus revidiren müssen. (Widerspruch und Gelächter links.) Ihr Widerspruch, meine Herren, wundert mich nicht, es handelt sich ja um Ihre Kinder; ich will sie auch nicht umbringen, sondern nur revidiren! (Heiterkeit.) Endlich hat der College Lasker uns vorgehalten, die Conferenzen hätten auch geschwinde. Ich habe dieselben nicht zu verwerfen, und freue mich für meinen Theil, daß ich von Schwindel frei geblieben bin, aber ich glaube, man hätte solche Pränomination nur mit der größten Vorsicht aussprechen sollen. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Der Abgeordnete Richter hat dann ebenfalls einen Nothstand im eigentlichen Sinne des Wortes in Abrede gestellt, so weit er besteht, soll er eine Folge des Krieges sein, ich möchte ihn eher eine Folge der Milliarden nennen, von denen auch ich bezeuge, daß man sie überall richtig verwendet hat. Jedenfalls wird Herr Richter über den Verbleib von Herrn Michaelis genügend belehrt sein. (Abg. Richter: Nein!) Das mögen die beiden Herren unter sich ausmachen, ich werde mich über jede Entbindung neuer Schätze freuen. (Heiterkeit.) Der Finanzminister seinerseits hat einen Nothstand zwar nicht geleugnet, er bittet aber, daß er sehr rasch vorüber sein werde. Für mich hat dieses Wort große Bedeutung, denn in seiner Stellung kann er die Verhältnisse durchschauen und übersehen, doch bin ich gewisig genug, derartige Versicherungen ohne Begründung nicht auf meine Ueberzeugung einwirken zu lassen.

So standen meine Betrachtungen, als der Reichskanzler in die Discussion eintrat. Damit wurde die Sachlage ungewisselt eine andere. Der Reichskanzler ist ein unbedingter Anhänger der indirecten Steuern, er will daneben höchstens eine directe „Anstandssteuer“ dulden. Darin liegt praktisch wohl etwas Wahres. Theoretisch ist allerdings die Einkommensteuer die einzig richtige; da es aber eine Unmöglichkeit ist, sie wirklich sachgemäß zu veranlagern, so ist man bemüht gewesen, dem Einkommen anders beizukommen, und dazu sollten auch die indirecten Steuern dienen. Ich bin auch damit einverstanden, so viel als thunlich die Lasten auf wenige Positionen zu reduciren. Aber damit werden wir niemals die directen Steuern entbehren können, und so lange die Welt steht, ein gemischtes Steuersystem behalten. Diese Vorlage als den Anfang einer Steuerreform betrachten, kann ich schon darum nicht, weil der Reichskanzler uns so eben selbst auf die Schwierigkeiten hingewiesen hat, welche einem generellen Systeme von Reichsteuern entgegen stehen. Ich verkenne das Drückende in der Erhebung der Matrifularbeiträge nicht — der Druck, fürchte ich, wird zuletzt die Kleinststaaten erdrücken — aber das System der sogenannten eigenen Mittel des Reichs greift sie nicht minder an und noch tiefer in ihre Verhältnisse hinein. Man hat die Bewilligung der Matrifularumlagen zur Erhaltung der Macht des Reichstages erforderlich gemacht, — m. H., glauben Sie doch nicht, daß Sie irgend welche Macht haben. Wie die Dinge in Deutschland liegen, ist Ihr Einfluß ein sehr mäßiger, und ich rathe Ihnen entschieden ab, eine Kraftprobe zu machen, Sie dürften schlecht ausfallen. (Zustimmung im Centrum.)

Endlich ist wieder die Frage eines Minister-Collegiums erörtert worden. Der Reichskanzler hat geglaubt, daß die gegenwärtig im Reich bestehende Einrichtung sich mehr dem englischen Systeme nähert. Ich habe nun zwar keinen Einblick in die Verichte des Grafen Münster, aber ich weiß, daß es in England niemals einen Minister mit der Machtvollkommenheit und dem Geschäftsumfange des Fürsten Bismarck gegeben hat, und daß man ihn sich dort niemals hätte gefallen lassen. Für das deutsche Reich kommt aber bei einem Minister-Collegium außer den Fragen der Verantwortlichkeit und Zweckmäßigkeit noch die Stellung der Einzelstaaten zum Reich in Betracht, und wir können eine Entscheidung nicht treffen, so lange wir uns über jene Stellung nicht klar sind. — Was schließlich die Brausesteuer anlangt (Heiterkeit), so werde ich in keinem Falle für eine Erhöhung stimmen, weil eine Vertheuerung des Bieres eine Vermehrung des Branntweinconsums zur Folge haben würde. Wenn man uns auf die Reichsteuern verweist, welche eine Ausgleichung in der Höhe der Steuer zwischen Nord- und Süddeutschland erfordert, so braucht man um deswillen die Brausesteuer nicht zu erhöhen, es ginge ebenso gut, wenn man in Süddeutschland von der Höhe der dortigen Sätze zu uns herabkommt.

Abg. Liebknecht: Es mögen Gesetze geschaffen werden, welche man will, wenn nicht die Volkstheuerung dem Ministerium gegenüber in dem Wefis

einer genügenden Macht ist, so ist jede Ministerverantwortlichkeit ein leeres Stück Papier; der Reichstag in der bisher damit freigegebenen, seine Macht auszuüben. Bei den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen ist wieder das System der directen noch der indirecten Steuern zu empfehlen; die Frage muß nach den augenblicklichen Verhältnissen entschieden werden. Für unseren Standpunkt ist sie gleichgültig, denn jede Steuer wird von den oberen auf die arbeitenden Klassen abgewälzt. Redner geht hierauf in ausführlicher Weise auf das Militärbudget, die Vorzüge des Milizsystems der stehenden Heere, die durch die Erfolge der französischen Revolutionen in den Jahren 1792-94, durch die deutschen Freiheitskriege und den Widerstand der französischen Milizen im letzten Kriege bewiesen wurden, die trotz des hohen Militärbudgets nothdürftige Löhnung der Soldaten, das „im deutschen Reich schmachvoll darniederliegende Schulwesen“, die Ueberflügelung der Universität Berlin durch die Universität Leipzig, die die sächsische Regierung als eine „Rebende für Sabowa“ ansehen könne, die Annexion Elsaß-Lothringens, die mehr als ein Verbrechen, die ein Fehler sei und dadurch, daß sie die Franzosen zur Rebende reize, den Schwerpunkt der Macht in Europa nach Petersburg verlege, die in weitere Kriege hineintreibende Blut- und Eisenpolitik, die im Frühjahr d. J. bestandenen Kriegsbefürchtungen und die gegenwärtige, auch von der Thronrede anerkannte Geschäftskrisis unter wiederholter Mahnung des Präsidenten, zur Sache zu sprechen, ein und folgend aus der jetzigen Krisis, daß es dem Volk unmöglich sei, neue Steuern zu zahlen. Die jetzige Krisis sei durch die Regierung begünstigt worden; die neuartigen Verhandlungen über den Jubeladvent hätten gezeigt, daß durch diesen Fonds der Schwindel begünstigt worden sei. Freilich habe man sich darüber nicht zu wundern, wenn man wisse, daß der Geheimrath Wagener an den Köschhöfen des Reichskanzlers hänge (Stürmische Heiterkeit) oder — vielleicht richtiger gesagt, daß der Reichskanzler an den Köschhöfen des Herrn Wagener hänge. Während man die Löhne herabsetze, könne man nicht neue Steuern einführen. Redner schließt: Dem jetzigen System keinen Pfennig, in welcher Form es auch sei, vollständiger Bruch mit diesem System!

Bundesbevollmächtigter Erb. Rath Heerwart hebt hervor, durch die Annahme der beiden Steuerentwürfe würde in den Einzelstaaten eine freiere und selbstständige Finanzverwaltung ermöglicht; ein richtiges Verhältniß zwischen directen und indirecten Steuern könne durch das Reich hergestellt werden. Er bestritt, daß die thüringischen Staaten zu den Lasten des Krieges nichts beigetragen hätten, wie der Abg. Richter (Hagen) in der vorstehenden Sitzung behauptet habe.

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt der Abg. Richter (Hagen), er habe in der eben angezogenen Stelle nur gesagt, die thüringischen Staaten hätten ebensoviele wie Preußen oder ein anderer Staat zu den unmittelbaren Kosten des Krieges etwas beigetragen; daß sie überhaupt Opfer gebracht haben, habe ich nicht bestritten.

Darauf wird der Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Brausesteuer an die Budget-Commission verwiesen und daselbst geschieht auf den Antrag Richters mit der Vorlage, betreffend die Vorkensteuer, nachdem von Walbahn (Gülz) die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, daß die letztere Steuer in dieser Saison oder doch jedenfalls in nächster Zukunft genehmigt werden wird, und ein Versuch Sonnemann's, die Debatte zu verlagern, nicht den Beifall des Hauses gefunden hatte.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Specialberatung des Reichshaushalts. Windthorst bittet den Präsidenten, die Petition betreffend den Zeugniszwang bei der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache möglichst bald auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vorsitzende der Petitions-Commission, Abg. Albrecht, bemerkt, daß die Referenten über die Petition von ihm bereits bestellt seien.)

Berlin, 22. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Justizrath Alef zu Gellertsdorf und dem Pastor Gilbert zu Gellertsdorf, Amts Calenberg, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Schulvorsteher Dräger zu Berlin und dem Subrector und Organisten Grünwald zu Pyritz den königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung des Großhuthkreuzes des Großherzoglich medlenburgischen Hausordens der Wendischen Krone: dem Schlosshauptmann und Kammerherrn, Landesbauphann von Schlesien, Grafen v. Bülker zu Breslau, so wie dem Grafen Bosko v. Hochberg-Fürstentum zu Koblenz ertheilt.

Dem Kaiserl. General-Consul Freiherrn v. Saurma-Jelisch in Belggrad ist auf Grund des Gesetzes vom 4. Mai 1870 und des Gesetzes vom 6. Februar 1875 (§ 85) für seinen Amtsbezirk die Ermächtigung ertheilt worden, bürgerlich gültige Eheschließungen von Deutschen und Schutzgenossen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von Deutschen und Schutzgenossen zu beurkunden.

Der großherzoglich hessische Gerichts-Accessit Dr. Julius Bohlen zu Mainz ist zum Advocaten im Bezirk des Kaiserlichen Appellationsgerichts zu Colmar und zum Anwalt bei dem Kaiserlichen Landgericht in Saargemünd ernannt. Der Notar Friedrich Anton Franz Pierron zu Wassenhofen ist in den Bezirk des Landgerichts zu Straßburg versetzt mit Anweisung seines Wohnsitzes in Straßburg.

Se. Majestät der König hat dem bisherigen Regierungsrath Ernst Georg Ludwig Hugo Czirn d. Terpitz in Preignitz den Charakter als Geheimrath Regierungsrath verliehen.

Dem Ingenieur George Klug zu Hamburg ist unter dem 19. Nov. 1875 ein Patent auf eine Umsteuerung für Locomotiven auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Ingenieur Fidele Joseph Motte zu Dampremy im Königreiche Belgien ist unter dem 18. November d. J. ein Patent auf eine Reibmühle auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 22. November. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfangen im Laufe des gestrigen Vormittags zunächst Allerhöchstherrn Flügel-Adjutanten, Major und Commandeur des Garde-Jäger-Bataillons, Grafen Fint von Fintenstein, welcher behufs Uebernahme dieses Bataillons so eben von Wien hier eingetroffen war; hierauf den Regierungsrath Dietrich, welcher die Ehre hatte, Sr. Majestät ein von ihm verfaßtes Werk zu überreichen, und sodann den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths Dr. Hermann. Um 2 Uhr wurde der diesseitige Botschafter in St. Petersburg, Heinrich VII., Prinz Reuß, und um 4 Uhr der Reichskanzler Fürst von Bismarck empfangen.

Heute nahmen Se. Majestät die Meldung des zum Gouverneur von Berlin ernannten Generals der Infanterie und General-Adjutanten von Boven und sodann im Beisein des Commandanten General-Majors von Neumann noch andere militärische Meldungen entgegen und ließen sich hierauf durch den Chef des Geheimen Civil-Cabinet's, Geheimen Cabinet's-Rath v. Wilmowski Vortrag halten.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] ist in Begleitung des Majors und persönlichen Adjutanten v. Liebenau am Sonnabend Abend 9 1/2 Uhr von der Gärde in Kassel eingetroffen.

● Berlin, 22. Novbr. [Bismarck. — Das Competenz-gesetz. — Zeugenaussage.] Fürst Bismarck ist, wie schon anderweitig gemeldet, am Sonnabend Nachmittag hier eingetroffen. Noch am Abend desselben Tages begab er sich an das Krankenbett seines künftigen Schwiegersohnes, dessen Besserung regelmäßig, wenn auch langsam fortschreitet. Am gestrigen Tage hat der Fürst das Staatsministerium empfangen und später noch längere Besprechungen mit einzelnen leitenden Staatsmännern gehabt, vorzugsweise mit Delbrück, Camphausen und Graf Guleburg. — Der schon früher in Aussicht gestellte Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeit der Behörden in allgemeinen Landesangelegenheiten und in streitigen Verwaltungs-sachen (Competenzgesetz) ist im Ministerium des Innern nach mehrmonatlicher Beratung und zwar noch unter der Mitwirkung des Präsidenten Persius, aufgestellt und dem Staatsministerium vorgelegt worden, damit dasselbe zunächst über die Grundzüge des Entwurfs Beschlüsse fasse. Erst nach der allgemeinen Billigung Seitens des Staatsministeriums werden die commissarischen Verhandlungen mit allen theilnehmenden Ressorts wegen Feststellung des definitiven Entwurfs stattfinden. — Der Abgeordnete Eugen Richter war als Zeuge in der bekannten Angelegenheit des Redacteurs Hörth von der „Frankf. Ztg.“ vor das Gericht geladen worden. In der Presse hat sich nun eine gewisse Entrüstung darüber ausgesprochen, daß eine Vorladung von Richter wegen statgefunden habe, während der Abbruch der Rede, auf welche der in Frage stehende Artikel der „Frankf. Ztg.“ sich bezog, genügend gewesen wäre, um dem Gericht die gewünschte Auskunft zu geben.

Dem gegenüber ist daran zu erinnern, daß der Redacteur Hörth selber zum Beweis der Wahrheit seiner Behauptung über den Welsen-fonds das Zeugniß des Abgeordneten Richter angerufen hat.

[Das Oberverwaltungs-Gericht.] Der „Reichsanzeiger“ schreibt Nachdem des Königs Majestät den Präsidenten und die Räte des durch das Gesetz vom 3. Juli d. J. in das Leben gerufenen Oberverwaltungsgerichts ernannt haben, sind vorgestern, am 20. d. Mts., die Einführungen derselben in ihr Amt durch den Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg statt. Derselbe gab zunächst dem Gesäht der Presse, darüber Ausdruck, daß es ihm noch während seiner Verwaltung vergönnt sei, die Constitutio des Gerichts-hofes, des Schlusshofes einer großen, unter mannichfachen Schwierigkeiten durchgeführten Organisation zu vollziehen, betonte sodann die Wichtigkeit und Verantwortlichkeit der Aufgabe, welche der Gerichtshof in Uebung der bis dahin den einzelnen Ressort-Ministern anvertrauten gewissen Functionen nicht nur für die Recht suchenden Parteien, sondern auch für die unüberäußerlichen Rechte des Staates zu lösen habe, und drückte endlich dem Präsidenten und den Mitgliedern des Gerichtshofes das Vertrauen aus, daß sie dieser Aufgabe um so mehr entsprechen würden, als sie nicht nur in den bestehenden Gesetzen, sondern auch in der praktischen Uebung der in Frage kommenden Rechte heimisch seien. — Der Präsident Persius sprach hierauf seinen und des Collegiums Dank aus, begründete die Mitglieder des letzteren und entwickelte die für die richtige Erstattung der Aufgaben der Verwaltungsgerichte und insbesondere des obersten Verwaltungsgerichtes maßgebenden Gesichtspunkte. — Schließlich unterzog der Minister Graf zu Eulenburg noch die sämtlichen Geschäftsräume der neuen Behörde einer genauen Besichtigung. — Unmittelbar hieran schloß sich die erste Sitzung des Gerichtshofes unter dem Vorsitz seines Präsidenten.

Hamburg, 22. Nov. [In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung] der Commerzbank wurde der von Arnold und Genossen gestellte Antrag, betreffend die Reducirung des Actien-Capitals durch Rückkauf auf die Summe von 16,500,000 Mark, mit 1542 gegen 21 Stimmen angenommen.

Magdeburg, 22. Nov. [Bei der heute hier stattgehabten Nachwahl] eines Landtagsabgeordneten für den 4. sächsischen Wahlkreis (Stadt Magdeburg mit Neustadt und Sudenburg) wurde der bisherige Abgeordnete, Director des königl. Staatsarchivs und des geheimen Staatsarchivs Professor Heinrich v. Sybel (Berlin) mit 301 Stimmen einstimmig wiedergewählt.

Leipzig, 22. Nov. [Die Leipziger und die Sächsische Bank] haben den Wechseldiscount auf 5 und den Lombardzinsfuß auf 6 pCt. herabgesetzt.

Saarburg, 22. Nov. [Der Schnellzug von Ostende nach Basel] ist heute Morgen in Folge des Bruchs einer Bremsstange bei Oberfinzel (Canton Fribingen) entgleist. Personen sind bei dem Anfall nicht verunglückt.

Straßburg i. E., 22. Nov. [Durch plötzlich eingetretenes Hochwasser] der Kinzig, das die in derselben lagernden Floße löslich und in den Rhein trieb, sind sämtliche Schiffbrücken und Fähren über den Rhein zwischen Straßburg und Marx inclusive zerstört und deren Pontons rheinabwärts getrieben worden. Die hierdurch eingetretene Verkehrsstörung wie der verursachte Schaden sind sehr groß.

Provincial-Beitung.

Breslau, 23. November. Angkommen: Se. Durchlaucht Herzog von Dink, Graf v. Tallyrand-Perigord, auf Gintfersdorf. Se. Excellenz Graf v. Wilmann-Sedlnitz, n. Jr., a. Wiese. (Fr. Bl.)

* [Aus dem Jauerischen Kreise.] Das Jauerische Stadtblatt bringt die Kunde von dem am 20. d. Mts. früh in Dittersdorf erfolgten Erstickungstode dreier Kinder, wovon das älteste ca. sechs Jahre zählt. Der gegen 9 Uhr Vormittags herbeigerufene Arzt constatirte den Tod der jungen Opfer, von welchen das eine in liegender Stellung auf der Diele, welche bereits vom Feuer ergriffen worden, die anderen beiden in ihren Betten dargefunden wurden.

8 Neusalz a. D., 21. November. [Zur Tageschronik.] Schon seit bereits einem Jahr handelt es sich hier darum, eine vom Marktplatz direct nach diesem Bahnhof führende Straße anzulegen. Um der Commune die Ausführung dieses für die Stadt bedeutungsvollen Unternehmens zu erleichtern kauften zwei hiesige bemittelte Bürger das auf dem Terrain, worüber die gedachte Straße führen soll, stehende Friedländer'sche Haus von dessen Eigenthümer für den Preis von 18,000 Mark und ließen es der Commune für 15,000 Mark ab. Nachdem einige Monate diese Straßengangelegenheit geruht, ist kürzlich vom Magistrat bei den Stadtverordneten der Antrag gestellt worden, das erwähnte Grundstück dem Maurermeister Sander hieselbst unter der Bedingung des Abbruchs der Gebäude und der Freilegung des Straßenterrains für den Preis von 16,600 Mark aus freier Hand zu veräußern, welcher Antrag auch in der letzten Sitzung der Stadtärter acceptirt worden ist. Sodann wurde in derselben Sitzung die Bildung des Gemeindevaifenrathes hieselbst besprochen. Man stimmte auch in dieser Sache dem magistratralischen Antrage, die Bezirksvorsteher mit der Function eines Vaifenrathes zu betrauen, einstimmig bei. — Die An-regung der königlichen Regierung, eine Fortbildungsschule für Handwerks-lehrlinge und jugendliche Arbeiter zu gründen, hat auch hier eine Besprechung dieser Sache veranlaßt. Da aber die Regierung einen Staatszuschuß zu diesem Zweck nur für den Fall in Aussicht stellt, daß diese Anstalt eine Organi-sation und die Unterrichtszeit von mindestens 12 bis 16 Stunden er-biete, wie dies in dem vom Unterrichtsministerium aufgestellten Schulplan beansprucht wird, wurden die ministeriellen Bedingungen für die hiesigen localen Verhältnisse für unannehmbar erachtet und deshalb die Begründung einer vom staatlichen Einfluß befreiten Fortbildungsschule befohlen, welches Unternehmen auch durch Gewinnen des Interesses der hiesigen Gewerbe-ireibenden für die Sache leicht ausführbar wäre. — In Betreff der hier nahe bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen ist zu berichten, daß man all-gemein und zwar nicht ohne Grund auf das Resultat der diesjährigen Wahl höchst gespannt ist. Es scheint nämlich unter den Wählern diesmal eine in früheren Jahren nicht bemerkbar gewesene Gleichgültigkeit gegen die Wichtigkeit dieses Wahlactes zu herrschen. Aus diesem Grunde hat man es höchst wahrscheinlich auch trotz der Nähe des Wahltages bisher nicht für nöthig gefunden eine Vorwahl zu halten, um dabei eine Anzahl geeigneter Can-didaten aufzustellen.

Berlin, 22. November. Der gestrige Privatverkehr war recht fest und belebt. Deutsche Bahnen, Disconto-Commandit und Laurahütte steigend. Credit-Actien 321.50—324.00, Francofen 495.00—498.00, Lombarden 183.50—184.00, 1860er Loose 109.75—111.00, Silberrente —, Papierrente 61.60, Italiener 70.75—70.90, 5% Türken 22.00—22.10, Rumänier 29.25 bis 29.75, Nordwestbahn —, Köln-Mindener 90.00—92.00—91.75, Bergisch-Märkische 77.00—78.25—77.75, Rheinische 108.00 bis 109.50—109.00, Galizier 87.00—87.50, Laurahütte 64.50 bis 67.75—67.25, Darmstädter Bank 109.00, Disconto-Commandit 118.75—121.00—120.50, Reichsbank 154.00—154.25.

Auch das heutige Geschäft zeichnete sich durch eine sehr feste Stimmung aus, die als eine weitere Folge der Rede des Finanzministers Camphausen im Reichstage angesehen werden kann und die um so leichter zum Durchbruch gelangte, als es heute publicirte Herabsetzung des Bank-Discounts die günstige Disposition des Marktes noch verstärkte. Eine lebhaftere Kauflust, die auf allen Gebieten der Börsenthätigkeit Courser-Erhö-hungen zur Folge hatte, gab dem Verkehr eine sehr antirrite Börsen-nomie. Die internationalen Speculationspapiere wurden ziemlich rege umgeseht, nur Lombarden blieben vernachlässigt. Dester. Nebenbahnen waren mit Ausnahme von Abrechtbahn ebenfalls recht fest. Von den localen Speculations-Effekten haben Discontocom. und Laurahütte lebhafteste Umsätze aufzuweisen. Discontocom. 124.25, ult. 123—24—4 1/2, Dortm. Union 9 1/2, Laurab. 69, ult. 68 1/2—68 1/2—68. Auch für auswärt. Staatsanleihen herrschte bei recht lebhaften Umsätzen eine sehr feste Stimmung, die auch in zahl-reichen Cours-Erhö-hungen Ausdruck fand. Besonders trat eine lebhaftere Kauflust für 60er Loose, Desterreichische Renten und Italiener auf. Russische Werthe waren fest und concentrirte sich die Vorliebe der Käufer namentlich auf Rfd. St.-Anleihen. Die Prämienanleihen waren indeß matter. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere fest, vorzugsweise waren Prämienpapiere begehrt. Eine gute Kauflust entwickelte sich auch für Eisenbahnprioritäten, deren Course zum Theil höher notiren. Unter den amerikanischen Prioritäten zog Central-Pacific durch wiederholte Coursesteigerung Aufmerk-samkeit auf sich. Auf dem Eisenbahnvacuonmarkte stieg die Festigkeit

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.